



Valentin Martin Pfisterer, Berlin

Unvollkommene Märkte und radikale Liberalisierung

Gefahren der Globalisierung

"Unvollkommene Märkte und radikale Liberalisierung - Gefahren der Globalisierung" von Valentin Martin Pfisterer war einer der zahlreichen Beiträge unseres 4. Beitragswettbewerbs "Globalisierung der Gerechtigkeit".

Pfisterer untersucht das Phänomen "Unvollkommene Märkte und die Folgen radikaler Liberalisierung", das große Teile der Misere der armen Länder dieser Welt zu verantworten habe. Pfisterer - bei Fertigstellung des Beitrages noch Schüler - beschreibt eingehend das Scheitern der Globalisierungspolitik, indem er zunächst den Globalisierungsprozess historisch betrachtet, darauf folgend den klassischen Liberalismus beleuchtet und schließlich die vorhandenen Bedingungen untersucht. Pfisterer unterbreitet auch Verbesserungsvorschläge.

S. 66

- HFR 9/2003 S. 1 -

1 **Vorwort**

Am 20. Juli 2001 um 17.25 Uhr starb der junge Italiener Carlo Giuliani in Genua durch einen Schuss aus der Waffe eines italienischen Polizisten.

- 2 Dort fand vom 19.7. bis zum 22.7.2001 der Weltwirtschaftsgipfel der G-8 statt, wo Giuliani zu den unzähligen Demonstranten zählte. Aufgrund des erschreckenden Ausmaßes an Gewalt seitens der Sicherheitskräfte und der pauschal als Globalisierungsgegner bezeichneten Demonstranten ging das Gipfeltreffen mit einem üblen Beigeschmack als "Globalisierungsgipfel" in die Geschichte ein.
- 3 Einmal mehr kamen die Vertreter der G-8 Staaten sowie Sachverständige, Vertreter von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und viele andere Verantwortliche zusammen, um unter massiven Sicherheitsvorkehrungen Themen wie z.B. Nahost und Mazedonien, das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem, Konjunktur und Weltwirtschaft, Klima- und Umweltschutz zu diskutieren. Was die Dritte Welt angeht, "sollte es ein Treffen im Zeichen der Öffnung sein: neue Welthandelsrunde, Gesundheitsfonds für Arme, positive Zwischenbilanz des Schuldenerlasses, erstmals Hinzuziehung von Regierungschefs aus den Entwicklungsländern. Als übergeordnetes Thema ging es um die Bekämpfung der Armut in der Welt"¹, so die FAZ.
- 4 Außer den Teilnehmern des Gipfels versammelte sich zu jenem Zeitpunkt dort eine außergewöhnlich große Menge an Globalisierungskritikern und -gegnern; darunter waren Gewerkschafter und Sozialisten, Studenten und Mitglieder religiöser Orden, Ökonomen und Umweltschützer, aber auch einfach Autonome, sogenannte "Gipfel-Hopper", Rechtsradikale und Krawallschläger. Die ernsthaften Demonstranten wollten, sofern sie nicht jegliche Globalisierung radikal ablehnten, wenigstens eine demokratischere, sozialere und ökologischere Ausgestaltung derselben.
- 5 So kam es zu jener explosiven Mischung aus 20.000 Sicherheitskräften auf der einen Seite und unzähligen, zum Teil gewaltbereiten Demonstranten auf der anderen Seite, die schließlich das Leben des jungen Carlo Giuliani forderte und die doch so wichtigen

¹ www.faz.de (genauer Pfad siehe Literaturverzeichnis)

Sachfragen des Gipfels in den Hintergrund treten ließ. Unter Globalisierungsgegnern gilt Carlo Giuliani als der erste Gefallene der Globalisierung, die Polizei dagegen hält ihn für einen Punk oder Krawallschläger. Fest steht, dass er zu einer Figur geworden ist, an der sich die Geister scheiden.

- 6 Doch obwohl durch die schrecklichen Ereignisse am Rande des Gipfels die Sachfragen in der öffentlichen Debatte zunächst an Bedeutung verloren haben, wurde die Debatte über die Globalisierung und ihre Folgen in der Zeit nach dem Gipfel verstärkt wieder aufgenommen und noch erbitterter weitergeführt. So scheint die Thematik der Globalisierung erst unter dem Eindruck von Gewalt und erst nach dem Tod eines jungen Menschen mitten in Europa, mitten unter uns die Aufmerksamkeit erlangt zu haben, die ihrer Bedeutung angemessen ist.
- 7 Auch mich erfasste erst zur Zeit des Genua-Gipfels das Interesse für die Globalisierungsproblematik. Zunächst missfiel mir die Einstellung der Demonstranten, denn für mich war der Begriff Globalisierung immer mit positiven Assoziationen verbunden. Ich dachte zum Beispiel an die stolzen deutschen Konzerne wie etwa Daimler-Benz oder die Deutsche Bank, welche sich durch Zukauf anderer Unternehmen oder durch Fusion an die Spitze der jeweiligen Branchen katapultiert hatten. Ich dachte an Manager und Profis, an Pragmatiker und Visionäre, die den richtigen Riecher für die Verhältnisse der Zeit und vor allem der Zukunft hatten. Ich dachte an den Börsenboom im Jahre 2000 und den American Dream "vom Tellerwäscher zum Millionär". Völlig willkürliche und unzusammenhängende Elemente, die für mich zunächst den Inhalt des Begriffes Globalisierung darstellten. Ich war außerdem entschieden der Ansicht, dass das Opponieren gegen die Globalisierung, zumal falsch, völlig sinnlos und naiv war.
- 8 Doch irgendwie wurde ich schließlich doch mehr und mehr auch auf kritische Stimmen aufmerksam, die auf die Folgen der Globalisierung für Mensch und Umwelt hinwiesen. Bei genauerer Betrachtung und Untersuchung der Folgen der Globalisierung anhand von Büchern begann ich tatsächlich recht schnell, Solidarität für diejenigen Demonstranten, die ernsthafte und ehrliche Ziele mit ihren Aktionen verfolgen, zu empfinden. Es waren nicht nur umweltpolitische, auch nicht nur entwicklungspolitische Aspekte, die mich zunehmend an der Globalisierung in ihrer jetzigen Form zweifeln ließen. Mitunter entscheidend war für mich ein kultureller Aspekt, nämlich der Verlust von Regionalität und Tradition, der Verlust der kulturellen Vielfalt unserer Welt.
- 9 Das Thema begann nun, mich mehr und mehr zu interessieren, und aus dem Modewort Globalisierung wurde für mich nach und nach ein Begriff mit durchaus auch negativen Assoziationen.
- 10 Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass es viel Literatur über Globalisierung gibt, doch will ich erstens versuchen, einen genau eingegrenzten Bereich zu behandeln und dem Leser zweitens durch eine klare Strukturierung einen neuen, verständlicheren Zugang zu der Thematik zu ermöglichen. Deshalb will ich das Phänomen zunächst historisch angehen, danach auf Theorie und Ideologie eingehen und schließlich ein konkretes wirtschaftswissenschaftliches Problem behandeln.

S. 67

- HFR 9/2003 S. 2 -

11 I. Das Scheitern der Globalisierungspolitik

Zur Vorgehensweise

Nahezu unbestritten ist die Tatsache, dass die internationale Vernetzung und das Zusammenwachsen der Staaten im Bereich der Ökonomie grundsätzlich sehr nützlich ist. Es ist der Austausch von Kenntnissen und Informationen, von Technologien und anderen Errungenschaften, der den Fortschritt beschleunigt und Lebensstandard sowie Lebenserwartung stark anzuheben vermag. Zusammenarbeit und Transparenz in Wissenschaft und Forschung - z.B. durch Austausch von Studenten, Wissenschaftlern - wie auch in der Wirtschaft verstärken diese Entwicklung. Nicht zuletzt der Austausch von Arbeitskräften trägt zur Völkerverständigung und zur Horizonterweiterung der Betrof-

fenen bei.

- 12 Weitgehend einig ist man sich jedoch auch über die Tatsache, dass beim bisherigen Prozess der gegenseitigen Durchdringung der Volkswirtschaften unserer Welt einiges nicht zum Vorteil aller Beteiligten und schon gar nicht zum Wohle der Natur vonstatten gegangen ist (siehe z.B. gravierende Wirtschaftskrisen und daher zunehmende Arbeitslosigkeit und Verelendung vor allem in Entwicklungsländern, menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, irreparable Umweltschäden etc.).
- 13 Vor allem die Entwicklungsländer haben sehr unter diesen Entwicklungen gelitten, weil diese wirtschaftlich so rückständigen Staaten ohnehin keine gute Ausgangsposition haben, um am Aufschwung in angemessener Form teilzuhaben. Gerade die Lage dieser Staaten soll in dieser Arbeit betrachtet werden:
- 14 Schritt für Schritt werden wir feststellen, dass es die Politik der Industriestaaten "nach Schema F" ist, die, die veränderten Bedingungen der fehlerhaften Märkte in den Entwicklungsländern übersehend und vornehmlich eigene Interessen berücksichtigend, deren prekäre Lage weiter verschlechtert und weshalb der Vorwurf der Ausbeutung oder des Neokolonialismus nicht unbegründet im Raume steht.
- 15 Es ist vor allem das Phänomen
- 16 **"Unvollkommene Märkte und die Folgen radikaler Liberalisierung",**
- 17 das große Teile der Misere der armen Länder dieser Welt zu verantworten hat.
- 18 Folgende Leitfragen sollen das Vorgehen bei der Untersuchung bestimmen:
- 19 *1. Wie kam es zu dem, was wir heute Globalisierung nennen?*
- 20 *2. Welche Theorie und Ideologie liegt der Globalisierung zugrunde? Bei wem ist / war sie besonders beliebt?*
- 21 *3. Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer - und warum?*
- 22 *4. Wie ist mit den Entwicklungsländern zu verfahren, wie mit den Industriestaaten, um beiderseits Wachstum und so Gerechtigkeit zu schaffen?*
- 23 *5. Ist eine gerechter und fairer ausgestaltet Globalisierung möglich?*
- 24 Zur Beantwortung dieser Fragen soll auf folgende Weise vorgegangen werden:
- 25 Ad 1) Historische Betrachtung des Globalisierungsprozesses
- 26 Die Globalisierungsformen früherer Epochen (Kolonialismus (17./18. Jh.), Imperialismus (18./19./20. Jh.)) sollen untersucht werden und so zum aktuellen Stand der Globalisierung hinführen.
- 27 Ad 2) Betrachtung des klassischen Liberalismus
- 28 Um das Globalisierungsphänomen, vor dem wir stehen, genauer zu analysieren, soll der klassische Liberalismus - Adam Smiths Lehre von der modernen Ökonomie und der freien Marktwirtschaft - kurz skizziert werden, um so den Neoliberalismus verstehen zu können, der die Globalisierung unserer Tage prägt.
- 29 Betrachtung des Neoliberalismus / Kritik
- 30 Der Neoliberalismus soll als wirtschaftspolitisches Phänomen untersucht werden. Worauf er basiert, wie und wann er entstand und wo er besonders beliebt war. Das Hauptaugenmerk soll dann auf der ideologisch verhafteten US-Politik im Sinne des Neoliberalismus seit den achtziger Jahren liegen. Denn eine neoliberale Entwicklungs- und Globalisierungspolitik seitens der Industriestaaten stellt sich besonders dann als äußerst problematisch dar, wenn sie vor allem von den Sonderinteressen der eigenen Wirtschaft dominiert wird.

- 31 Ad 3/4) Untersuchung der vorhandenen Bedingungen
- 32 Es soll hier die ökonomische Problematik einer neoliberalen Politik, angewandt auf Entwicklungsländer, konkret und anhand von Beispielen behandelt werden, indem die vorhandenen Marktbedingungen betrachtet und der Einfluss neoliberaler Tendenzen untersucht wird.
- 33 Ad 5) Fazit & Ausblick
- 34 Zusammenfassung des Erarbeiteten in Thesen und Entwicklung einer sich daraus ergebenden, entscheidenden Abschlussthese. Darauf aufbauend sollen Ansätze zur Verbesserung gegeben werden.

S. 68

- HFR 9/2003 S. 3 -

35 **II. Historische Entwicklung**

Definition

Den Anfang dieser Arbeit sollen zwei mögliche Definitionen des Begriffes Globalisierung bilden, um Missverständnisse zu vermeiden und um den Begriff als Arbeitsbegriff verwenden zu können.

- 36 Der Schülerduden schreibt als Einstieg in ein eigenes Kapitel über das Thema:
- 37 *"Der Begriff Globalisierung bedeutet weltweite Ausbreitung; i.A. bezieht sich das in den 1990er Jahren entstandene Schlagwort auf die weltweite Tätigkeit von Unternehmen, ebenso auf die Entstehung weltweiter Märkte, v.a. der Finanzmärkte, und die internationale Verflechtung der Volkswirtschaften."*²
- 38 Der Ökonomenobelpreisträger Joseph Stiglitz schreibt in "Die Schatten der Globalisierung" auf die Frage, was Globalisierung sei:
- 39 *"Im Grunde genommen versteht man darunter die engere Verflechtung von Ländern und Völkern der Welt, die durch enorme Senkung der Transport- und Kommunikationskosten herbeigeführt wurde, und die Beseitigung künstlicher Schranken für den ungehinderten, grenzüberschreitenden Strom von Gütern, Dienstleistungen, Kapital, Wissen und (in geringerem Grad) Menschen"*³.
- 40 Im Zusammenhang mit der Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung der Globalisierung lässt sich der Begriff noch besser begreifen, denn die aktuellen Verhältnisse der heutigen Wirtschaft und die Herausforderungen, vor der sie steht, liegen in ihrer Vergangenheit begründet.

41 **Historische Betrachtung**

Auch die Form der Globalisierung, vor der unsere Welt nun steht, ist nicht ein plötzlich aufgekommenes Phänomen, sondern ein Stadium einer langwierigen Entwicklung. Was aber die Einteilung dieser Entwicklung in Stadien angeht, so ist es sinnvoll, der Einteilung von Mohssen Massarrat, einem Experten auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und Autor mehrerer Bücher zu diversen wirtschaftspolitischen Themen, zu folgen. Er schreibt: "Ihrem Wesen nach sind m.E. drei Globalisierungsstadien zu unterscheiden: die *kolonialistische*, die *imperialistische* und die *neoliberale* Globalisierung."⁴

- 42 Die **kolonialistische Globalisierung** "erfolgt durch systematische Ausweitung des Handels von Europa ausgehend auf alle Kontinente, die Herstellung des Monopolhandels und die Durchsetzung der agrarischen Massenproduktion auf der Basis von Sklavenarbeit in Übersee mittels physischer Gewalt und Kolonialisierung. Durch die kolonialistische Durchdringung des Globusses entstehen erstmals zusammenhängende weltge-

² Schülerduden, S.74

³ J. Stiglitz, S.24

⁴ M. Massarrat

sellschaftlich dualistische Strukturen, die fortan und im weiteren Verlauf historischer Entwicklung in allen Bereichen der Wirtschafts-, der Macht- und der kulturellen Beziehungen der Weltgesellschaft intensiviert und vertieft werden. Die Haupttriebkraft dieser Globalisierungsstufen, die militärisch und politisch durch den Kolonialstaat getragen wird, ist das Bestreben der Handelskapitalisten kolonialer Herkunftsländer, ihren Geldreichtum sukzessive zu vermehren⁵, also die Schaffung einer positiven Handelsbilanz - die Grundidee der damals vorherrschenden wirtschaftspolitischen Lehre des "Merkantilismus".

- 43 Dieser treibt die euroädischen Mutterländer zu einer ziemlich restriktiven Kolonialpolitik, wobei man nicht pauschal von Ausbeutung sprechen kann, weil die Kolonien ihrerseits wirtschaftlich ebenfalls von diesem Handel profitierten (z.B. durch exklusive Absatzrechte für ihre Rohstoffe auf dem Rohstoffmarkt im Mutterland) - zutreffender ist es, die Handelsbeziehung zwischen Kolonien und Mutterland als ungleich, aber symbiotisch zu bezeichnen.
- 44 Alles in allem kann man dennoch einen kontinuierlichen Werttransfer aus den Kolonien in die europäischen Mutterländer ausmachen, der die Verhältnisse so wie sie heute bestehen entscheidend mit geprägt hat.
- 45 In England z.B. kommt es Mitte des 18. Jahrhunderts und damit parallel zur industriellen Revolution zu einem starken Bevölkerungswachstum - in Deutschland bereits vor der dort erst später einsetzenden Industrialisierung. Sowohl das Bevölkerungswachstum dieser Zeit, als auch die aufgrund der aufkommenden industriellen Produktion fallenden Preise für Industriegüter verursachen eine verstärkte Binnennachfrage.
- 46 Die als Konsequenz einsetzende **imperialistische Globalisierung** "resultiert aus den mit der industriellen Revolution und dem gestiegenen Konsumniveau einhergehenden Verknappung nationaler Agrarprodukte und Rohstoffe"⁶, so Massarrat. Es gilt also, für den Absatz der Produktionsgüter neue Märkte aufzutun, um den Export zu erweitern, und gleichzeitig verstärkt Agrarprodukte zu importieren, um die Ernährung der wachsenden Bevölkerung weiterhin garantieren zu können und der Verknappung entgegenzuwirken. Hierfür scheint Gewalt und Krieg zur territorialen Ausdehnung ein praktikables und effizientes Mittel. Auf diese Weise werden neue Absatzmärkte eröffnet und gleichzeitig der erweiterte Import von Agrarprodukten sichergestellt (solche Tendenzen finden sich in der Politik der europäischen Großmächte zwischen 1871 und 1918, aber auch in der Lebensraumideologie des NS- Regimes bzw. der Unterstützung der deutschen Ostexpansion durch die Pharmaindustrie (IG Farben), die sich so erhöhten Absatz versprach): "Die imperialistische Globalisierung entschärft die Verknappungstendenzen bei eigenen natürlichen Ressourcen, schwächt die ökonomische Macht der nationalen Eigentümer von landwirtschaftlichen Böden und Bergwerken, erzwingt die Modernisierung der eigenen Landwirtschaft und Rohstoffproduktion durch Konkurrenzimpulse von außen, begünstigt so drastische Produktivitätssteigerungen und Preissenkungen in diesen Sektoren, letztlich auch auf der inländischen Anbieterseite, beschleunigt ökonomisches Wachstum, trägt zu steigender Massenkaufkraft bei, begünstigt die *fordistische Produktionsweise* (standardisierte Massenproduktion bei langlebigen Konsumgütern wie Autos, Haushaltsgeräte etc.), fördert die neue internationale Arbeitsteilung und Erschließung von weltweit neuen Absatzmärkten."⁷
- 47 Die Problematik, mit der wir gegenwärtig konfrontiert sind, nennt Massarrat die **neoliberale Globalisierung**. Sie erweitert die Merkmale der beiden zuvor behandelten Formen der Globalisierung über Landesgrenzen hinaus, so dass nun ganze Volkswirtschaften dem Konkurrenzdruck unterliegen (z.B. was die Kosten des sozialen Sicherungssystems, das Lohnniveau, den herrschenden Zinssatz oder bürokratische Hemmnisse betrifft). Eine weitere Besonderheit ist, dass die Wirtschaft selbst nun verstärkt

⁵ M. Massarrat

⁶ M. Massarrat

⁷ M. Massarrat

die Initiative ergreift und die Politik lediglich eine unterstützende Funktion einnimmt, bis hin zu einer faktischen Übermacht der Wirtschaft: "Hauptimpulse der sich vor unseren Augen abspielenden Globalisierungstendenzen gehen, im Unterschied zu der oben dargestellten Globalisierungsphase, nicht von den Nationalstaaten, sondern von den Marktkräften aus."⁸

- 48 Die Marktkräfte überwinden also zum einen den nationalstaatlichen Rahmen und erweitern zum anderen ihren Einfluss innerhalb der Gesellschaft - manch einer ist mittlerweile schon zu dem Schluss gekommen, dass die Politik nicht mehr in der Lage ist, die Kräfte der Wirtschaft unter Kontrolle zu halten ("Die Macht der Märkte unterhöhlt das Primat der Politik."⁹)
- 49 Besonders die beiden konservativen Regierungen der USA und Englands in den achtziger Jahren haben die Ideologie des Freihandels eifrig verfochten und "grenzenlose Konkurrenz zu einem unangreifbaren Heiligtum"¹⁰ erklärt:
- 50 "Thatcherismus und Reaganismus (Anm. d. Verf.: auch Reaganomics) sind Erscheinungen eines neuen globalen Wachstumssyndroms, das (a) innenpolitisch die erkämpften gewerkschaftlichen Positionen unterminierte und den Abbau des Sozialstaates intendierte, (b) außenpolitisch eine aggressive Politik der Konfliktverschärfung im Verhältnis zum sowjetischen Block und zu den Ländern des Südens implizierte (...) und schließlich (c) sich ideologisch und kulturell erfolgreich durch die neoliberale Botschaft vom Wohlstand durch grenzenlose Freiheit der Marktkräfte legitimierte. Fortan steht nicht nur der mühsam erkämpfte *nationale Sozialstaat* im Visier der Marktkräfte; auch der sich langsam herausbildende *national und global ausgerichtete Umweltstaat* soll erst recht zurückgedrängt werden, bevor er sich überhaupt etablieren kann.
- 51 Der zentrale Kampfbegriff der neoliberalen Globalisierung ist die *Deregulierung*. Hierbei geht es (...) um den Abbau von Regularien und "bürokratischen Hemmnissen", soweit sie den Akkumulations- und Wachstumstendenzen abträglich sind."¹¹

S. 69

- HFR 9/2003 S. 4 -

52 III. Der Liberalismus

"Das klare und einfache System der natürlichen Freiheit" (A. Smith)

53 a. Adam Smith: Der klassische Liberalismus

Im Jahre 1776 veröffentlichte der schottische Moralphilosoph und Nationalökonom Adam Smith sein Hauptwerk "An inquiry into the nature and the causes of the wealth of nations" - der deutsche Titel lautet "Der Wohlstand der Nationen" - worin er die freie Marktwirtschaft wissenschaftlich untersucht und begründet, weshalb Smith als Begründer der modernen Nationalökonomie gilt. Die Hauptthesen seiner Arbeit sind die folgenden:

- 54 "Adam Smith ging in seinen Überlegungen vom angeborenen Eigennutz der Menschen aus. Nach seinen Vorstellungen führt die Verfolgung des Selbstinteresses des Einzelnen meist zur Förderung des Gesamtinteresses. Einzelinteresse und Gesamtinteresse werden - bei freiem Wettbewerb und Einhaltung bestimmter Regeln - nicht als Gegensätze angesehen. Das Streben des einzelnen nach persönlichem Wohlstand und sozialer Anerkennung weckt den Erwerbsfleiß und hält ihn dauernd in Gang und trägt damit dazu bei, die Produktivkräfte eines Landes zu entwickeln"¹².
- 55 Als Ergebnis seiner Untersuchung gelangte er zu folgenden wirtschaftspolitischen For-

⁸ M. Massarrat

⁹ www.spiegel.de (genauer Pfad siehe Literaturverzeichnis)

¹⁰ M. Massarrat

¹¹ M. Massarrat

¹² W. Heiring, W. Lippens, S.167

derungen:

- 56
- "Freie Verfügung über das Privateigentum
 - Freier Arbeitsvertrag, Gewerbefreiheit, Wettbewerbsfreiheit, Freizügigkeit; Freihandel; Zölle werden von Smith nur insoweit anerkannt, als sie der Landesverteidigung oder zum Ausgleich der steuerlichen Belastung von Inlandswaren dienen."¹³
 - "Nachtwächterrolle des Staates" (= Eingriffe nur zur Erhaltung des Wettbewerbs)
- 57 Smith erkannte jedoch an, dass es gewisse Kollektivbedürfnisse gibt, zu deren Befriedigung sich aus rationaler Sicht kein einzelnes Marktelement bereit erklären würde, da dies nicht profitabel ist. "Dazu rechnete er die klassischen Staatsfunktionen wie Sicherheit nach außen und nach innen (Polizei), Justizwesen, den Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie die Infrastruktur"¹⁴.
- 58 Dennoch entbehrt diese Theorie nicht einer gewissen sozialdarwinistischen Grundtendenz.

59 **b. Der Neoliberalismus**

Im Gegensatz zur Lehre Smiths wurde im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die verstärkte Notwendigkeit staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen offenbar. Spätestens im Verlauf der Weltwirtschaftskrise in den frühen Dreißigern des 20. Jahrhundert setzte sich zunehmend die Überzeugung durch, dass der Staat Unzulänglichkeiten der Marktwirtschaft ausgleichen müsse, weshalb die Bedeutung des Staates in einer aktiven Rolle zunahm. So nahm auch der Zuspruch für den radikalen Liberalismus allmählich ab. Vielmehr gelten z.B. die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung in Deutschland, das Progressive Movement der Präsidenten W. Wilson und T. Roosevelt, sowie F.D. Roosevelts New Deal in den Vereinigten Staaten als gelungene Beispiele staatlicher Intervention und trugen wahrscheinlich stark mit zur Abnahme der Bedeutung des Liberalismus bei. Hinzu kommt die Veröffentlichung des wegweisenden Werkes "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" durch den berühmten britischen Nationalökonom John Maynard Keynes im Jahre 1936, welches den Staat nicht nur zu aktiver Wirtschaftspolitik auffordert, sondern ihm auch eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsprozess zubilligt.

- 60 Nach dem zweiten Weltkrieg aber wendete sich die allgemeine Überzeugung ebenfalls unter dem Eindruck massiver wirtschaftlicher Krisensymptome in die entgegengesetzte Richtung, und die liberalen Ideen fanden wieder mehr Zuspruch. Dies gilt vor allem für die angelsächsischen Länder.

61 **Großbritannien und Amerika als Bastionen des Neoliberalismus**

Im Länderbericht USA (1999) werden sechs amerikanische "Gründungsmythen" vorgestellt, die sozusagen als Ersatz für eine lange geschichtliche Tradition die amerikanische Gesellschaft bis heute prägen. Darunter sind der Erfolgsmythos und der Individualismusmythos: Für den Erfolgsmythos war das Wirken des schweizerischen Reformators Johannes Calvin entscheidend, dessen Lehre sich vor allem in England und den USA verbreitete. "In seiner Schrift 'Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus' hat der deutsche Soziologe Max Weber nachgezeichnet, wie aus der allmählichen Verweltlichung des calvinistischen und insbesondere des puritanischen Glaubens eine Verhaltensethik entstand, in der das Streben nach materiellem und sozialem Erfolg zur moralischen Verpflichtung werden konnte."¹⁵ Diese Verhaltensethik verbindet sich in den USA mit der stark ausgeprägten individualistischen Grundhaltung der Ame-

¹³ W. Heiring, W. Lippens, S.167

¹⁴ W. Heiring, W. Lippens, S.168

¹⁵ Länderbericht USA

rikaner, die wahrscheinlich auf dem Frontier-Erlebnis des Vorrückens nach Westen basiert. Dies ergibt ein Geflecht von Überzeugungen, das suggeriert, dass der individuelle Erfolg im materiellen und sozialen Bereich vor allem und gerade alleine, also ohne Bevormundung und Eingriffe von außen zu verwirklichen ist.

62 In den 80er Jahren jedoch erlebte der Neoliberalismus eine Hochzeit. Dies manifestierte sich in Margaret Thatchers (britische Premierministerin 1979 - 90) und Ronald Reagans (Präsident der USA 1981 - 89) Politik im Sinne einer Rückkehr zur Idee des Liberalismus. Sie stützten ihre wirtschaftspolitischen Überzeugungen auf die Lehre von der freien Marktwirtschaft, denn nach Reagans Meinung "trugen nämlich die seit dem 'New Deal' ständig ausgeweiteten Kompetenzen der Bundesregierung die Hauptschuld an den sozialen Problemen"¹⁶ der Zeit. Dieses Wiederaufleben des Liberalismus nach dem zweiten Weltkrieg und besonders in den achtziger Jahren nennt man **Neoliberalismus**.

63 *"Der Neoliberalismus stellt den Markt als Koordinator für die Pläne der einzelnen Wirtschaftssubjekte in das Zentrum der neuen Wirtschaftsordnung. Der Staat soll jedoch die wichtige Aufgabe übernehmen, einen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen sich die Privatinitiative der Wirtschaftssubjekte frei (...) entfalten kann. Voraussetzungen hierfür sind nach neoliberaler Überzeugung eine unverfälschte Wettbewerbsordnung; sie zu verwirklichen, müsse folglich das Ziel in der staatlichen Wirtschaftspolitik sein. In erster Linie fallen darunter die Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen durch die Zusammenballung von Macht in den Händen von Monopolen und Kartellen. Über die Rahmenordnung hinausgehende direkte Eingriffe in den Wirtschaftsprozess lehnt die neoliberale Schule ab."*¹⁷

64 Dementsprechend hat sich die Entwicklungs- und Globalisierungspolitik, eigentlich die komplette Wirtschaftspolitik Großbritanniens und der Vereinigten Staaten seit Regierungsantritt dieser beiden Politiker tiefgehend verändert. Die konkreten politischen Ziele und die Merkmale der neoliberalen Politik Thatchers und Reagans sind sehr klar einzuordnen: gesellschaftspolitisch konservativ und wirtschaftlich äußerst liberal; es wurde in diesem Zusammenhang sogar der Begriff "marktfundamentalistisch" geprägt, weil die neoliberale Idee von Reagan z.B. gleichsam erweitert und vielleicht sogar etwas verfälscht worden ist:

65 Neoliberale Grundüberzeugungen

- 66
- Dogma des Freihandels
 - Deregulierung und Liberalisierung als oberstes wirtschaftspolitisches Prinzip
 - Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik
 - (Außen- und) Wirtschaftspolitik mit stark national ausgerichteten, egoistischen Tendenzen

67 Konkret bedeutet das:

- 68
- Abbau von Wettbewerbsbeschränkungen
 - Steuersenkungen
 - Abbau von Umweltschutzauflagen für die Wirtschaft
 - Eindämmung des nationalen Sozialstaats durch Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich
 - Zurückdrängung der Errungenschaften der Arbeiterschaft

¹⁶ C. Keitz, S. 267

¹⁷ W. Heiring, W. Lippens, S.171

- Abbau des Arbeiterschutzes

- 69 Das Hauptanliegen der neoliberalen Politik ist es, die Wirtschaft von gesetzlichen Einschränkungen zu befreien, d.h. vor allem regulierend wirkende Gesetze abzuschaffen und den Unternehmern größere Freiheiten im Wirtschaften einzuräumen. Dies spiegelt sich in den zwei Begriffen Deregulierung und Liberalisierung wieder, die gleichsam zu einem Dogma der neoliberalen Idee geworden sind.
- 70 Diese streng schematische Politik, deren Priorität sich außerdem noch durch die drei Schlagworte "fiskalische Austerität (Anm. d. Verf.: staatliche Sparpolitik, u.U. widersprüchlich zur Theorie Keynes'), Privatisierung und Marktöffnung"¹⁸ ergänzen lässt, blieb jedoch nicht nur auf die britische bzw. amerikanische Binnenwirtschaft beschränkt. Durch das Geltendmachen des amerikanischen Einflusses, also zum Beispiel durch die Besetzung der Spitzenpositionen in internationalen Organisationen nach politischen Gesichtspunkten wie etwa in der Weltbank oder durch Inanspruchnahme des nahezu ausschließlichen Vetorechts der USA beim Internationalen Währungsfonds, konnte Ronald Reagan seine wirtschaftspolitischen Überzeugungen "exportieren" und verbreiten. Dies ist ein ganz zentraler Punkt, denn die wirtschaftspolitischen Grundsätze und Konzepte, die die Vorstände der internationalen Organisationen wie etwa Weltbank, IWF oder Welthandelsorganisation ihren Hilfs- und Entwicklungsprogrammen für Länder der Dritten Welt zugrunde legen, entscheiden ja letztlich über die Zukunft der betroffenen Volkswirtschaften.
- 71 Auf diese Weise wurde das neoliberale Modell der freien Marktwirtschaft sowohl in die Entwicklungsländer Afrikas und Südostasiens, als auch in die jungen Demokratien der ehemaligen Sowjetstaaten verbreitet, wo es zum Teil erheblichen Schaden anrichtete:
- 72 "Die Jahre nach der Revolution von 1989 waren in den postkommunistischen Ländern Europas eine Hochzeit für Modelle. Ökonomen reisten in die Hauptstädte, um dort jenes Modell der Marktwirtschaft zu verwirklichen, das manche den "Washington-Konsensus" nennen, also das von Weltbank und Währungsfonds vertretene Modell des Kapitalismus. (...) Das Ergebnis solcher Versuche war ernüchternd."¹⁹ Als Konsequenz dieser Politik "gab es mancherorts Fehlentwicklungen - Korruption und Mafiabildung zum Beispiel - ohne erkennbaren Ausweg."²⁰ Doch wir werden noch weitere problematische Folgen des "Washington-Konsensus" kennen lernen.
- 73 Diese Art der Wirtschaftspolitik, also die Anwendung der neoliberalen Theorie an sich, ist für eine ökonomisch entwickelte Region bzw. für eine entwickelte Volkswirtschaft meist nicht falsch; sie erleichtert es nämlich den Unternehmen, zu expandieren, verstärkt Waren und Dienstleistungen zu exportieren, Kapitalumschichtungen vorzunehmen u.v.m. Gelungene Beispiele hierfür sehen wir im Zusammenwachsen Europas (Montanunion / EG / EU), in der OECD, in der APEC und in ähnlichen Wirtschaftsabkommen, die z.B. den Abbau von Handelsschranken zum Ziel haben (dies soll später nochmals ausführlicher angesprochen werden). Gerade in einem überregulierten Land wie etwa der Bundesrepublik müssen neoliberale Ideen grundsätzlich in Erwägung gezogen werden. Problematisch jedoch ist es, wie wir sehen werden, wenn man versucht, in einem Entwicklungsland bzw. in einer angeschlagenen oder unterentwickelten Volkswirtschaft eine allzu schnelle und radikale Liberalisierung der (Finanz- und Waren-) Märkte durchzuführen, wie es etwa während der Transformation der Sowjetunion, in Afrika und während der Asienkrise 1997/1998 mehrfach geschehen ist.
- 74 Diese Politik erweist sich dann fast zwingend als kontraproduktiv und der Steigerung des Wohlstand nicht im Geringsten dienlich, wie später beispielhaft gezeigt werden wird.

¹⁸ J. Stiglitz, S. 70

¹⁹ R. Dahrendorf

²⁰ R. Dahrendorf

S. 70

- HFR 9/2003 S. 5 -

75 **IV. Die unvollkommenen Märkte**

Um zu verstehen, was ein unvollkommener Markt ist, müssen zuerst die Voraussetzungen für einen vollkommenen Markt behandelt werden. Das sind folgende:

- 76
- "Gleichartigkeit (Homogenität der Güter)
 - Keine persönlichen und räumlichen Präferenzen (Vorzüge)
 - Keine zeitlichen und sachlichen Präferenzen
 - Vollständige Transparenz (Marktübersicht)
 - Zeitliche Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage"²¹

77 Sind diese Faktoren gegeben, dann wäre die Theorie Adam Smiths komplett anwendbar und uneingeschränkt praktikabel. Hier wäre auch eine konsequente liberale Politik nicht zum Scheitern verurteilt, sie würde vielmehr den Wohlstand steigern. Doch bei genauerer Betrachtung stellt man fest, dass diese Faktoren so *nie* gegeben sein können! Es stellen sich also folgende Fragen:

78 *Hat es schon einmal den Versuch gegeben, Smiths Theorie unverfälscht in der Praxis anzuwenden?*

79 *Wenn ja, wie ist dieser Versuch ausgegangen und welche Folgen hatte er?*

80 Des Weiteren:

81 *Warum sind unsere Märkte unvollkommen?*

82 *Welche konkreten Beispiele lassen sich hierfür anführen?*

83 *Wie verhält es sich mit den Märkten von Entwicklungsländern?*

84 Professor Dr. Ralf Dahrendorf, nach England emigrierter Nationalökonom und ehemaliger FDP-Politiker, schreibt das 19. Jahrhundert in seinem Aufsatz "Liberale Ordnung" den Liberalen zu. Der sogenannte **Manchester-Liberalismus** oder auch **Laissez-faire-Liberalismus**, also der Versuch, das Modell Smiths möglichst genau nachzuvollziehen, beherrschte tatsächliche weite Teile dieses vor allem durch die Industrielle Revolution geprägten Jahrhunderts. Besonders in England versuchte man, streng der Theorie zu folgen. Doch es wurden in dieser Zeit deutliche Schwachstellen des praktischen Liberalismus offenbar: Massive Ungleichheit breitete sich aus, es kam zur Verelendung der Arbeiter, gravierende Umweltverschmutzung zerstörte Wohn- und Lebensräume und manche Städte wurden durch Verfall, Vernachlässigung und aufgrund der Luft- und Bodenverschmutzung unbewohnbar. Außerdem kam es in regelmäßigen Abständen zu gravierenden Krisen oder Zusammenbrüchen.

85 Die "invisible hand", die in Smith's Theorie schließlich zum "größten Glück der größten Zahl" führen soll, scheint in der Realität nicht so reibungslos alles zum Besten zu wenden, wie es die Theorie verspricht. Nobelpreisträger Joseph Stiglitz schreibt: "So haben jüngste Erkenntnisse in der volkswirtschaftlichen Theorie (...) nachgewiesen, dass bei unvollkommener Information und bei unvollständigen Märkten, anders gesagt: immer und besonders in Entwicklungsländern, die unsichtbare Hand höchst unvollkommen funktioniert."²² Das liegt aber nicht daran, dass die Theorie als solche falsch ist, sondern an der Tatsache, dass die Theorie perfekte Verhältnisse voraussetzt (siehe Kasten), die in der Realität nicht gegeben sind.

86 Der Markt und die Konkurrenz sind in Wahrheit nicht vollkommen, die Information e-

²¹ W. Heiring, W. Lippens, S. 101

²² J. Stiglitz, S. 94

benfalls nicht. Staatliche Korrekturen, die eine ausgleichend auf den Markt einwirken und ihm so eine erhöhte Effizienz ermöglichen, sind daher unabdingbar. Korrekturen zur Sicherung von Arbeitsplätzen sind auch größtenteils angebracht, denn sie erhalten Wohlstand und Lebensstandard.

- 87 Einige Beispiele sollen die Abweichungen der Realität von der Theorie plausibel und anschaulich machen:
- 88 Ad: Homogenität der Güter:
- 89 Allein schon beispielsweise die verschiedenen Faktoren, die die Ländereien von Landwirten (Sonneneinstrahlung, Bodenverhältnisse, Bewässerung etc.) beeinflussen oder die Verarbeitungsmethode verhindern die Gleichartigkeit ihrer Produkte.
- 90 Ad: Persönliche Präferenzen:
- 91 Manche Konsumenten kaufen bestimmte Waren nur in einem Geschäft, weil sie mit dem Besitzer des Geschäftes oder mit Mitarbeitern freundschaftlich verbunden sind oder weil sie sie einfach schon immer dort gekauft haben.
- 92 Ad: Räumliche Präferenzen:
- 93 Laden A liegt näher am Markt, deshalb kauft so mancher Kunde ohnehin nicht bei Laden B, welcher etwas außerhalb liegt. Vielleicht ist Laden C (im 1. OG) nur über eine Treppe zu erreichen und für den älteren Kunden daher nicht günstig gelegen.
- 94 Oder Landwirt A hat seine Besitzungen weiter vom Markt entfernt und muss daher höhere Transportkosten aufwenden, um seine Produkte zum Markt zu transportieren. Er hat einen deutlichen Nachteil gegenüber dem Landwirt B, der seine Ländereien nahe am Markt gelegen hat.
- 95 Ad: Zeitliche Präferenzen:
- 96 Manch ein Konsument wartet, bis eine teure Neuheit (z.B. im technischen Sektor) in der Bevölkerung an Attraktivität verliert und kauft erst dann, wenn der Preis infolgedessen sinkt.
- 97 Ad: Sachliche Präferenzen:
- 98 Güter sind nun einmal - sofern nicht in Massenproduktion erzeugt - nicht völlig gleich und es gibt qualitative Unterschiede. Auch Werbung kann Unterschiede und Vorzüge suggerieren, die einen dazu bringen eher Produkt A zu kaufen statt Produkt B.
- 99 Ad: Vollständige Transparenz:
- 100 Der Marktteilnehmer, der z.B. aufgrund intensiver Kommunikation und guter Informationen über Preise informiert ist, kann durch Preisvergleiche Geld sparen und hat so einen Vorteil gegenüber dem, der nicht die Möglichkeit hat, Preisvergleiche vorzunehmen.
- 101 Ad: Zeitliche Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage:
- 102 Vergleiche auch Zeitliche Präferenzen. Manchmal kommt es auf realen Märkten zu Überproduktion (Überschuss auf der Angebotsseite) oder zu Knappheiten (Überschuss auf der Nachfrageseite), d.h. nicht immer decken sich Angebot und Nachfrage genau ab.
- 103 Daraus folgt:
- 104 Offensichtlich ist schon bei einem normalen, uns bekannten Markt eines Industriestaates nicht alles so perfekt wie in der Theorie. Die Märkte von Entwicklungsländern aber sind besonders "unvollkommen", weil noch andere Faktoren einfach fehlen oder nur stark beschränkt vorhanden sind:
- 105 Politische Stabilität ist in Entwicklungsländern meist nicht oder nur unzureichend gegeben.

ben: Häufig gibt es Bürgerkriege oder Stammes- und Bandenkonflikte, die Ordnung und Sicherheit bedrohen. Oft herrschen in diesen Ländern Diktatoren oder Militärmachthaber, die sich außerhalb von Recht und Gesetz stehend sehen.

106 Das hält Investoren verständlicherweise von Investitionen ab - schließlich ist Krieg und Willkür der Feind jeglichen Besitzes.

107 Was den Besitz angeht, so braucht ein Land ein klares Rechtssystem - eben vor allem in Eigentumsfragen. Klar definierte Eigentumsrechte, welche von Justiz und Polizei geschützt werden ziehen Unternehmer aus dem In- und Ausland an. Hierfür ist aber auch eine an Recht und Gesetz gebundene Ordnungsmacht sowie eine unabhängige Justiz vonnöten, die in Entwicklungsländern oft fehlt.

108 Außerdem fehlt praktisch immer die für den effizienten Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen notwendige Infrastruktur.

109 Oft fehlen Banken, die für die Ausstattung mit Krediten notwendig sind oder Behörden, die z.B. den Wettbewerb regeln und die Entstehung von Monopolen verhindern.

110 Auch ist die Technisierung und die Verbreitung von Massenkommunikation nicht so weit fortgeschritten wie in Industrieländern.

111 **Vorläufige Zusammenfassung**

Eine kurze Darstellung des bisher Erarbeiteten soll als vorläufige Zusammenfassung das Verständnis erleichtern:

112 Bei der Betrachtung der historischen Entwicklung des Globalisierungsprozesses hat sich herausgestellt, dass der Neoliberalismus die heutige Erscheinungsform des Globalisierungsprozesses prägt. Sein Aufkommen, seine zentralen Ziele und seine Vertreter sind behandelt bzw. benannt. Anschließend ist die zentrale Problematik der Märkte von Entwicklungsländern - der sogenannten "unvollkommenen Märkte" - behandelt worden.

- 113
- Historische Darstellung bis zum Neoliberalismus
 - Liberalismus und Neoliberalismus
 - Unvollkommene Märkte

114 Neoliberale Ideen im Rahmen der Globalisierungspolitik

115 Nun soll untersucht werden, wie sich neoliberale Ideen innerhalb der Globalisierungspolitik der Industriestaaten auf die Märkte der Entwicklungsländer auswirken.

116 Folgende zwei Leitfragen sollen das Vorgehen konkretisieren.

117 *Warum und inwiefern kann durch staatliche Eingriffe ein effizienter Markt entstehen?*

118 *Welchen Beitrag leisten staatliche Eingriffe zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen?*

119 Und daraus folgernd:

120 *Warum ist die zu rasche Liberalisierung eines regulierten Marktes äußerst schädlich für die Volkswirtschaft?*

S. 71

- HFR 9/2003 S. 6 -

121 **V. Über die Wichtigkeit staatlicher Intervention**

a. Welche Vorteile staatliche Eingriffe bieten...

Nach Smith ordnet die "invisible hand" den Markt, und die vollkommene Konkurrenz zum Wohle aller am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten ist gewährleistet.

122 In der Realität jedoch ist es unabdingbar, dass der Staat Eingriffe vornimmt, um die

Konkurrenz sicherzustellen und dadurch die Effizienz des Marktes zu gewährleisten. Aber auch, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten - eines der Hauptanliegen des wirtschaftstheoretischen Hauptwerkes von J.M. Keynes. Um es salopp auszudrücken: Was hilft uns die effizienteste Wirtschaft, wenn trotz allem ein Großteil der Bevölkerung keine Arbeit hat? Gibt es mehr Menschen auf der Welt als Arbeit gebraucht wird? Diese Fragen grenzen schon beinahe ans Philosophische - zurück zur Problematik.

- 123 Anhand von vier Beispielen aus der Praxis sollen die Unzulänglichkeiten einer eilig durchgeführten Liberalisierungspolitik aufgezeigt werden. Zunächst sollen gewisse staatliche Interventionsmittel und ihre Funktion kurz charakterisiert und dann die durch den Wegfall derselben verursachten Folgen:
- 124 1. Durch Subventionen gelingt es dem Staat, ganze Wirtschaftszweige international konkurrenzfähig zu halten. Standortnachteile oder mangelnde Effizienz können so ausgeglichen werden.
- 125 Der Staat unterstützt nicht konkurrenzfähige Betriebe oder Wirtschaftszweige zur Erhaltung der Arbeitsplätze.
- 126 2. Durch Schutzzölle ist der Staat in der Lage, heranwachsende oder angeschlagene Wirtschaftszweige vor ausländischer Konkurrenz zu schützen.
- 127 Ähnlich wie bei Subventionen erleichtert es der Staat einem Wirtschaftszweig, sich zu entwickeln, um irgendwann ohne diese Schutzmaßnahmen bestehen zu können (es muss jedoch zugegeben werden, dass manchmal eine einmal etablierte Subvention auf Druck der Lobby schwer wieder abgeschafft werden kann).
- 128 3. Nach Keynes ist es auch Aufgabe des Staates durch "deficit spending", also durch Überschuldung (Steuersenkungen, Vergeben von Aufträgen etc.) der Wirtschaft in einer Rezession auf die Sprünge zu helfen und dafür einen Aufschwung durch konjunkturdämpfende Maßnahmen (Steuererhöhungen, Sparpolitik) abzumildern.
- 129 Der Staat versucht so, das zyklische Auf und Ab der Konjunktur abzumildern und das Land so vor einer schweren Depression zu bewahren - unter Inkaufnahme von milder ausfallenden Boomperioden. Dies hilft der Wirtschaft, weil es mehr Kontinuität und Stabilität in der Unternehmensführung ermöglicht und so auch den Beschäftigten zugute kommt.
- 130 4. Das Sozialversicherungssystem in der Bundesrepublik Deutschland ist eines der Umfassendsten der Welt. Es schützt den Arbeitnehmer im Alter, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Invalidität vor dem Abrutschen in die Armut.
- 131 Zum Wohle des Einzelnen verteilt der Staat die Last der Versorgung derer, die nicht mehr arbeiten können, alt sind, krank sind etc. auf viele.
- 132 Diese vier beispielhaft gewählten wirtschaftspolitischen Möglichkeiten zur Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat sind, wenn richtig angewandt, sehr hilfreich für das Funktionieren einer Volkswirtschaft und zur Förderung des Wohlstandes im Lande.
- 133 In Entwicklungsländern sind diese Faktoren nur zum Teil vorhanden - es handelt sich hierbei oft um besonders unvollkommene Märkte:
- 134 1. Systeme der sozialen Sicherung suchen wir manchmal vergeblich - ein großes Manko für eine Volkswirtschaft. Für die folgende Überlegung soll jedoch die Existenz eines solchen Systems vorausgesetzt werden.
- 135 Doch auch die Regierungen der Entwicklungsländer greifen in der Regel auf interventionistische Maßnahmen zurück, um ihre Wirtschaft vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen - sprich, auch sie verwenden
- 136 2. Schutzzölle oder
- 137 3. Subventionen.

138 4. Auch das keynesianische Modell des "deficit spending", welches unter Volkswirtschaftlern beinahe unumstritten ist, wird in Entwicklungsländern angewandt.

139 **b. ... und was passiert, wenn sie plötzlich wegfallen**

Nehmen wir nun an, ein solcher Markt eines Entwicklungslandes wie er im Abschnitt zuvor beschrieben wurde wird ohne angemessene Übergangszeit dereguliert!

140 *Welche Konsequenzen ergäbe das?*

141 1. Durch die Abschaffung der Subventionen wären die zuvor geförderten Wirtschaftszweige der ausländischen Konkurrenz ausgeliefert. Diese könnte sich nach Belieben bedienen und einkaufen - der Wirtschaftszweig würde eingehen.

142 Die Folgen:

- Grassierende Arbeitslosigkeit

- Die ausländischen Unternehmen würden keine Rücksicht auf regionale Belange nehmen.

- Es könnte zu Unruhen und zur Verringerung der politischen Stabilität kommen.

143 Durch den Wegfall der Subventionen würde eine Effizienzsteigerung der betroffenen Unternehmen erzwungen. Viele könnten dann jedoch dem harten Konkurrenzkampf nicht mehr standhalten und würden zugrunde gehen - der Arbeitsmarkt würde zumindest auf kurz- und mittelfristige Sicht stark belastet. Diejenigen Unternehmen, die sich jedoch nach der folgenden "Auslese" auf dem Markt behaupten könnten, wären dann zwar nach dem Wegfall der Subventionen effizienter als vorher, doch diese Errungenschaft würde wahrscheinlich - volkswirtschaftlich gesehen - in keinem Verhältnis zu der daraus folgenden Arbeitslosigkeitsproblematik stehen. Es ist naiv zu glauben, dass die Arbeitsplätze, die im Rahmen der Abschaffung von Subventionen verloren gehen, von den übrigbleibenden, effizienteren Unternehmen in vollem Umfang wieder geschaffen werden.

144 2. Durch die Abschaffung der Schutzzölle würden auf die gleiche Weise aufstrebende oder angeschlagene Wirtschaftszweige von der bereits hochentwickelten Konkurrenz aus den Industriestaaten überrollt. Die Folgen entsprächen denen bei der Abschaffung der Subventionen.

145 Hier findet sich eine eklatante Doppelmoral der Politik der Industriestaaten:

146 Seit jeher schon schottet z.B. die US-Regierung, aber auch die EU ihren Agrar- und Textilmarkt von der Konkurrenz aus den Entwicklungsländern ab - fordert aber gleichzeitig deren Marktöffnung für amerikanische / europäische Produkte wie etwa Industriegüter:

147 Professor Dr. Reiljan von der Universität Dorpat (estn. Tartu):

148 *"Durch die unter dem wirtschaftlichen Druck geführten Verhandlungen sind die Entwicklungs- und Transformationsländer gezwungen, ihre Märkte in einem beträchtlich größeren Maße zu öffnen, als die Industriestaaten es tun. Die Industriestaaten schließen durch Handelsbarrieren ihre Märkte gerade vor denjenigen Waren, bei deren Produktion die Entwicklungsländer wettbewerbsfähig sind. Eine solche Situation bedeutet, daß den Entwicklungsländern die Möglichkeit genommen wird, sich mit ihrer Arbeit zu unterhalten und für ihre Entwicklung Mittel anzusammeln. Nach der Schätzung des Entwicklungsprogramms der UNO verlieren die Entwicklungsländer wegen der Handelsbarrieren der Industriestaaten jährlich US\$ 500 Mrd. Einkommen, was zehnmal mehr beträgt als die ihnen offiziell geleistete Entwicklungshilfe. Bei den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten wird eingeschätzt, daß die Handelsschranken der Industriestaaten die Hälfte ihres Exportpotentials betreffen. Die sich aus dem handelspolitischen Protektionismus ergebende Begrenztheit der Märkte stellt also auch einen wesentlichen Grund zur geringen Effizienz der angewandten Auslandskredite und zur*

einseitigen Richtung von Direktinvestitionen dar."²³

- 149 3. Aufgrund der Forderungen des nach dem "Washington-Konsensus" agierenden IWF und aufgrund der Tatsache, dass das Entwicklungsland auf die Finanzhilfen desselben angewiesen ist, hat es keine Wahl, als der häufig von ihm verordneten Sparpolitik Folge zu leisten. Der Staat vergibt also kaum Aufträge mehr, Steuern werden erhöht etc. Auf diese Weise werden Investoren vertrieben, Arbeitsplätze vernichtet und die Krise verschärft.
- 150 Diese prozyklische Politik - entgegen der Theorie Keynes' - verstärkt die konjunkturellen Ausschläge, was sich auf Wachstum und Stabilität der Wirtschaft sehr nachteilig auswirkt.
- 151 4. Nehmen wir die Existenz eines einfachen, "löchrigen" Sozialsystems an. Es wäre dennoch nicht in der Lage, die sozialen Folgekosten einer solchen Politik zu tragen und würde der Verelendung der Bevölkerung nichts entgegensetzen können. Die ohnehin angeschlagene Volkswirtschaft würde unter den sozialen Folgen wie z.B. Unruhen, Umsturzversuche, sprich: politische Instabilität und Elend, zusammenbrechen.
- 152 Festzuhalten ist Folgendes:
- 153 Bezogen auf Entwicklungsländer ist eine rasche Liberalisierung ökonomisch sehr problematisch.
- 154 Die **wirtschaftlichen und sozialen Folgen** eines solches Vorgehens "nach Schema F" können gerade für eine unterentwickelte Volkswirtschaft unlösbare Probleme darstellen.
- 155 Diese können sich schnell auf die politische Stabilität einer Region oder eines Landes auswirken, also zu **politischen Folgen** werden: "Weil die Wirtschaft nicht floriert, wird auch die Demokratie preisgegeben. Das erinnert an die Weimarer Republik nach der großen Wirtschaftskrise"²⁴ (mit den uns wohlbekannten Folgen für die deutsche und europäische Geschichte). Eine andere, direkte politische Konsequenz der Einhaltung der Regeln von IWF, Weltbank und WTO wäre auch der teilweise Verlust der (wirtschafts-)politischen Souveränität.
- 156 Zusätzlich kann man noch auf **kulturelle Folgen** verweisen; so wäre zum Beispiel die Übernahme eines regionalen Getränkemarktes in einem Entwicklungsland durch einen amerikanischen oder europädischen Großkonzern tödlich für alle ansässigen Kleinunternehmen, die zuvor im Konkurrenzkampf unter Gleichen um die Vorherrschaft auf diesem Sektor gerungen hatten. So geht ein Stück regionale Eigenart und Identität verloren.
- 157 Auch auf die **religiösen Traditionen** einer Region kann der Einfluss einer religiös anders gearteten Kultur Auswirkungen haben, denn oft werden durch den (vermeintlichen) Verlust von religiöser Geborgenheit Radikalisierungstendenzen sichtbar - wie wir es gerade im Nahen und Mittleren Osten, aber auch bei christlichen Fundamentalisten in den USA erleben: "Religiöser Fundamentalismus ist also oft eine tiefgehende Protesthaltung gegen alle Errungenschaften der modernen Welt"²⁵.
- 158 Um aber nicht ohne Belege aus der Praxis zu argumentieren, folgt nun eine kurze Besprechung der Finanzkrise in Ostasien 1997/98, welche die vorangegangenen Überlegungen ergänzen soll.
- 159 **c. Beispiel: Finanzkrise in Ostasien 1997/98**

Als besonders folgenschwer hat sich die Vorgehensweise bei der Liberalisierung von

²³ J. Reiljan (Prof. Dr. Janno Reiljan ist Mitglied des Estnischen Parlaments und hält den Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, Universität Tartu)

²⁴ R. Dahrendorf

²⁵ K. Kienzler, S.22

Finanzmärkten herausgestellt. Die Asienkrise 1997/1998 hat offenbart, wie problematisch es ist, wenn Investoren und Banken ihre Investitionen kurzfristig aus einem Land abziehen können:

160 (1) Entwicklung der Kapitalabflüsse aus Thailand in % am BSP

1997: -7,9

1998: -12,3

1999: -7

161 (2) Entwicklung des BSP (1998) in %

Indonesien: -13,1

Korea: -6,7

Thailand: -10,8

162 Wahrscheinlich aufgrund von Gerüchten und Stimmungen kam es - wie zunächst in Thailand - zu massiven Kursverlusten durch Kapitalflucht, welche rasend schnell um sich griff und sich aus sich selbst nährte (1). Die Krise weitete sich in der Folgezeit auf die Länder Malaysia, Südkorea, die Philippinen und Indonesien aus (2).

163 (3) Vergleich des BSP (vor und nach der Krise; BSP 1996 = 100%)

Indonesien

1996: 100

2001: 92,5

Thailand

1996: 100

2001: 97,7

164 (4) Im Vergleich dazu: Malaysia (entgegen den Anweisungen des IWF handelnd) Einführung von Kapitalausfuhrkontrollen 1998

- 165
- Niedriger Leitzins
 - Geringere Staatsverschuldung
 - Weniger Firmenkurse
 - Zunahme der Auslandsinvestitionen
 - Mildere Rezession
 - Bessere Wachstumsaussichten

166 (Daten und Fakten aus: J. Stiglitz: "Die Schatten der Globalisierung", S. 118/120/131/149)

167 Die vom IWF verordnete Liberalisierungs- und Sparpolitik als Krisenreaktion war falsch: Liberalisierung und Marktöffnung erlaubten es (ausländischen) Spekulanten, den (Finanz-) Markt zu ihren Gunsten auszunutzen, zu niedrigsten Preisen Firmen zu übernehmen und "auszuschlachten" oder durch kurzfristige Währungsspekulationen die Region noch weiter in die Krise zu ziehen. Die Sparpolitik, welche außer Einsparungen der öffentlichen Hand auch massive Steuererhöhungen und Zinsanhebungen auf einem Niveau, das für westliche Industrienationen undenkbar ist, beinhaltete, dämpfte die ohnehin schon stark zurückgegangene Nachfrage. Das Bruttosozialprodukt von Thailand bzw. Indonesien liegt noch heute unter dem Wert von vor der Krise (3). Anhand der Entwicklung des Bruttosozialproduktes lässt sich ablesen, dass die nach dem "Washing-

ton Konsensus" geführten Länder noch heute im Rückstand sind.

- 168 "Malaysia hat 1998 sogar Kapitalverkehrskontrollen eingeführt und konnte sich so vor dem Schlimmsten schützen. Trotzdem investieren viele Konzerne dort, denn ein stabiles Finanzsystem ist eben auch ein positiver Standortfaktor. (...) Auf diesem Weg ist (...) Malaysia erfolgreich, weil es sich nicht allen Regeln der Welthandelsorganisation und des Internationalen Weltwährungsfonds unterwirft."²⁶ Malaysias Wirtschaftsdaten (4) beweisen, dass eine behutsamere und bedachtere Vorgehensweise schlicht erfolgreicher ist als die vom IWF intendierte. Offensichtlich ist ein regulierter Markt für eine Volkswirtschaft sicherer.
- 169 Ein Lösungsansatz für die Verhinderung ähnlicher Krisen ist der Vorschlag des US-Ökonomen James Tobin. Es handelt sich dabei um die Idee der weltweiten Einführung einer Umsatzsteuer auf Devisentransaktionen, der "Tobin Tax", was Währungsspekulationen einen großen Teil ihrer Attraktivität nehmen und die Welt vor Krisen wie der Asienkrise 1997/1998 weitgehend schützen würde.

S. 72

- HFR 9/2003 S. 7 -

170 **VI. Regulierung - ein Allheilmittel?**

Es ist offensichtlich, dass man wirtschaftspolitisch durch diverse Regularien eine Volkswirtschaft stärker unter Kontrolle halten kann; Krisen lassen sich verhindern oder entschärfen. Besonders wichtig ist dieses wirtschaftspolitische Instrument offenbar für Entwicklungsländer. Liberalisierung um jeden Preis ist dort falsch.

- 171 *Doch wie ist mit den Industriestaaten zu verfahren?*
- 172 *Gilt hier auch das Credo, dass verstärkte Regulierung den Wohlstand fördert?*
- 173 Nun, man darf nicht dem Irrtum aufsitzen, dass Regulierung um jeden Preis den Wohlstand fördert, nur weil das bei vielen Entwicklungsländern offensichtlich so ist. Wichtig ist die Differenzierung; da lässt sich feststellen, dass das Rezept, das für ein Entwicklungsland geeignet ist, für einen Industriestaat nicht das Richtige ist. Bei entwickelten Volkswirtschaften sind nämlich andere Grundvoraussetzungen gegeben:
- 174 Die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative funktioniert, die öffentliche Sicherheit ist im Allgemeinen gewährleistet. Umfassende, leider oft zu teure Sozialsysteme sind ausgebildet und meistens gibt es scharfe Wettbewerbskontrollen. Hier ist grundsätzlich eine weitere Vereinfachung des Wirtschaftens und des Handelns möglich und sogar angebracht. Wo bereits schon ein so hohes Maß an Wohlstand erreicht ist, kann eher durch die Erweiterung des Handels und durch die Vereinfachung wirtschaftlicher Tätigkeit mehr Wohlstand erreicht werden (wobei die Steigerung des Wohlstandes in den Industrienationen gerade angesichts soviel Elends in der Welt *nicht der einzige Maßstab* unseres Handelns sein sollte). Denn gerade die Menschen in den Industriestaaten fühlen sich oft eingeengt, vom Staat bedrängt und von der Gesetzeslast erdrückt. Es gibt einen ungeheuren Wust an Gesetzen und es kommen immer neue Gesetze dazu. Dies lässt sich natürlich nicht verhindern, denn neue Erfindungen und neue Technologien stellen die Gesellschaft vor neue Herausforderungen und verlangen nun einmal neue Regelungen. Doch es finden sich immer Möglichkeiten zur Vereinfachung, wie etwa im Steuerrecht. Dies ist nicht grundsätzlich gleichbedeutend mit Steuerensenkungen; es sollte aber das System vereinfacht werden, indem Gesetzeslücken gestopft und Ausnahmeregelungen abgeschafft werden.
- 175 Doch es wäre ein großer Fehler, wirtschaftspolitische Rezepte pauschal verordnen zu wollen: Man sollte also weder Regulierung noch Deregulierung zum Maß aller Dinge erheben, um so nicht denselben Fehler zu machen, wie die Globalisierungsmacher in den USA und Europa. Wichtig ist die Differenzierung - dies zu erreichen ist die eigentliche

²⁶ S. Giegold

Absicht dieser Arbeit.

S. 73

- HFR 9/2003 S. 8 -

176 **VII. Thesen**

Zum Schluss möchte ich meine Arbeit in einigen Thesen zusammenfassen:

- 177
- Es ist die Idee des Neoliberalismus, die die Globalisierung unserer Tage bestimmt.
 - Durch neoliberale Vorgehensweisen ist man in der Lage, entwickelten Volkswirtschaften aufgrund ihrer guten wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen noch mehr Wohlstand zu ermöglichen.
 - Von Margaret Thatcher und Ronald Reagan unnachgiebig, fast dogmatisch verfochten hat er sich im Rahmen der Arbeit der internationalen Organisationen wie IWF, Weltbank und WTO verbreitet.
 - Die neoliberalen Grundgedanken der Deregulierung und Liberalisierung wurden in der Entwicklungspolitik dieser internationalen Organisationen aber besonders hartnäckig, teilweise rücksichtslos umgesetzt und hatten so manchmal für die betroffenen Entwicklungsländer mit ihren ohnehin schwierigen Verhältnissen katastrophale Folgen.
 - Diese Folgen beschränken sich in aller Regel nicht nur auf den ökonomischen Bereich, sie betreffen die ganze Gesellschaft. Tiefgehende soziale und politische Krisen können um sich greifen, kulturelle und religiöse Eigenarten der betroffenen Region gehen verloren, es werden aber auch Radikalisierungstendenzen sichtbar.
 - Die unvollkommenen Märkte der Entwicklungsländer benötigen eine feinfühligere Entwicklungspolitik, die den lokalen Bedingungen gerecht wird. Heimische Unternehmen müssen geschützt werden, und es sollten höchstens vorsichtige Deregulierungen im Einvernehmen mit den Verantwortlichen vor Ort durchgeführt werden, nachdem die lokale Wirtschaft durch staatliche Unterstützung in der Lage ist, sich auf dem freien Markt zu behaupten.
 - Das heißt nicht, dass diese Art der Wirtschaftspolitik auch für entwickelte Volkswirtschaften geeignet ist. Hier sind andere Voraussetzungen gegeben und deshalb andere Maßnahmen zu ergreifen. Hier können neoliberale Elemente eher zum Erfolg führen.

178 Eine letzte These, die sich aus der Gesamtheit der zuvor entwickelten Thesen ergibt, rundet den Themenkomplex ab und schließt den Bogen zu den Demonstranten von Genua:

179 Die von den internationalen Organisationen betriebene Politik ist offensichtlich oftmals falsch gewesen und ist es, aufgrund der Dominanz der westlichen Industrienationen in diesen Organisationen und auf den Gipfeltreffen, zum Teil nach wie vor. Die Folgen dieser Politik, so wie sie in Afrika, Asien oder bei den Transformationsländern der ehemaligen Sowjetunion aufgetreten sind, haben auf verschiedenste Weise Elend über die Bevölkerung dieser Staaten gebracht.

180 Hier liegt doch folgende Frage auf der Hand:

181 *Warum werden die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen, warum bleiben Vernachlässigung und Misswirtschaft in diesem Bereich meist ungeahndet?*

182 Nun, es handelt sich bei den entscheidenden Organisationen nicht um Institutionen von demokratischer Struktur. "Es gibt keine Verfahren zur Ablösung der Entscheidungsträger. Es gibt keine berechenbaren Kontrollmechanismen. Es gibt schon gar keine systematische Methode, die Interessen und Meinung der Betroffenen, geschweige denn

des Weltvolkes insgesamt, bei den Entscheidungen berücksichtigen"²⁷, so Dahrendorf.

183 Kurz: Die Globalisierungsmacher sind nicht demokratisch legitimiert.

184 Daraus folgt:

Globalisierung heißt Entdemokratisierung

185 Durch die globale Machtausdehnung von Großunternehmen und die "abnehmende Bedeutung des klassischen Raumes demokratischer Regierung, des Nationalstaats"²⁸ gewinnen auf einmal ganz andere Gremien und Personengruppen an Bedeutung. Nicht mehr demokratisch legitimierte Entscheidungsträger wie Staats- und Regierungschefs, Parlamentarier oder andere Gewählte treffen die zukunftsweisenden Entscheidungen von globaler Reichweite. Nein, es sind die Chefs der großen, internationalen Konzerne und die Führungsgremien der internationalen Organisationen und deren Vorsitzende, die nun in staatsmännischer Manier Entscheidungen treffen, die Tausende von Arbeitnehmern und Angestellten betreffen und somit von essentieller Bedeutung für viele sind.

186 "Rasche Bewegungen auf den Finanzmärkten können den Wert auch großer Währungen beeinträchtigen. An den Investitionsentscheidungen von Weltunternehmen hängen Zehntausende von Arbeitsplätzen und damit Lebenschancen. Die Bereitschaft oder Nichtbereitschaft der Internationalen Gemeinschaft (und des Währungsfonds oder der Weltbank), ein Land zu unterstützen, hat weitreichende Folgen. Das gleiche gilt für Abreden in der Welthandelsorganisation."²⁹

187 Was in Seattle, Genua oder Davos hinter verschlossenen Türen besprochen und beschlossen wird, wird nicht der Öffentlichkeit zur Abstimmung übergeben.

188 Unsere Zukunft liegt also, etwas überspitzt gesagt, in den Händen einer Elite, deren demokratische Grundüberzeugung und deren Bewusstsein ihrer sozialen Verantwortung von uns nicht überprüft werden kann.

189 *Doch wie begegnen wir einer derartig gefährlichen Entwicklung?*

190 *Welche konkreten Lösungsvorschläge existieren bereits?*

191 Die prominenten Kronzeugen dieser Arbeit, Ralf Dahrendorf und Joseph Stiglitz, bieten ja bereits Lösungsvorschläge. Es gilt nun, diese verstärkt in die öffentliche Debatte einzubringen und zu diskutieren.

192 Die positiven Errungenschaften der Globalisierung sollen dabei nicht in Abrede gestellt werden, doch die Globalisierung soll andersartig ihren Fortgang nehmen - so, dass nicht mehr nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung davon profitiert:

193 Die bereits benannte "Tobin Tax" könnte, als ganz konkreter Vorschlag seitens der Globalisierungskritiker, mehr Gerechtigkeit in den Globalisierungsprozess bringen.

194 Es müssen Institutionen geschaffen werden, die die Arbeit der Globalisierungsmacher überprüfen.

195 Es müssen gewählte Volksvertreter in den Prozess der Globalisierung, also in die Entscheidungsabläufe der Institutionen und Organisationen eingeschaltet werden. Politische Gremien müssen erweiterte Befugnisse erhalten - so sieht sich z.B. die Europäische Kommission schon lange dem Vorwurf der Handlungsunfähigkeit gegenüber, weil sie kaum in der Lage ist, die Monopolisierungstendenzen grenzüberschreitender Konzerne zu verhindern.

196 An einem Punkt muss die Globalisierung aber auch erweitert werden: Die Globalisie-

²⁷ R. Dahrendorf

²⁸ R. Dahrendorf

²⁹ R. Dahrendorf

rung darf in Zukunft nicht mehr nur konkrete Güter und Kapital umfassen, auch die globale Festschreibung von einheitlichen Arbeitsstandards (Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Mindestlöhne) oder Umweltschutzbestimmungen (Klimaschutz etc.) müssen zum Wohle der Weltbevölkerung durchgesetzt werden. Solches fordert selbst der berühmte Börsenspekulant George Soros in einem Interview des Spiegel (13/2002, S.108). Dies wäre die konsequente Fortsetzung der mit der Aufklärung begonnenen politischen, gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung und wäre der Beginn einer "Globalisierung der Gerechtigkeit".

- 197 Wesentlich ist außerdem, auf welche Weise kritische Meinungen veröffentlicht und Alternativen aufgezeigt werden. Ob dies so zu geschehen hat, wie es in Seattle, Washington oder Genua geschehen ist, ist fraglich - obgleich man nicht übersehen kann, "dass solche Demonstrationen bei vielen Nichtbeteiligten eine stille Zustimmung finden, an der sich mindestens ablesen lässt, dass Menschen den Diebstahl ihrer Teilnahmerechte durch den Prozess der Globalisierung nicht einfach hinzunehmen bereit sind."³⁰
- 198 Wichtig ist in jedem Fall, Gerechtigkeit im Rahmen der Globalisierung an die erste Stelle tritt, dass die Demokratie nicht an der Globalisierung erstickt und dass eine Errungenschaft der bundesrepublikanischen Verfassung wieder mehr Bedeutung erlangt: Das Prinzip der "Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk"³¹:
- 199 **"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."**³²

S. 74

- HFR 9/2003 S. 9 -

200 Begriffserklärungen

Deficit-Spending:

Steuerung der Konjunktur mithilfe von Staatsausgaben im Rahmen einer antizyklischen Wirtschaftspolitik. Dabei erhöht der Staat in den Phasen der Rezession seine Ausgaben und/oder senkt die Steuern mit dem Ziel, die Nachfrage zu erhöhen. Zur Finanzierung greift der Staat auf Überschüsse zurück, die in Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs bei der Notenbank hinterlegt wurden (Konjunkturausgleichsrücklage). Sind keine Rücklagen vorhanden, finanziert der Staat die Ausgaben durch Aufnahme von Krediten bei der Notenbank oder am Kapitalmarkt.

201 Deregulierung:

Abbau der staatlichen Einflussnahme auf die Wirtschaft mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum zu begünstigen. Im Rahmen wirtschaftspolitischer Programme ist D. Bestandteil der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Im Rahmen der D. sollen Gesetzesregelungen zurückgenommen werden, die sich direkt auf die Unternehmertätigkeit beziehen (z.B. bei Investitionen, Beschäftigung). Aufgabe des Staates ist die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche die Selbststeuerung der Wirtschaft begünstigt (d.h. verstärkte Orientierung an Angebot und Nachfrage). Zur D. zählen u.a. Maßnahmen der Privatisierung sowie Abbau von Wettbewerbsbeschränkungen und "bürokratischer Hemmnisse", z.B. im Sozial-, Arbeits- und Umweltrecht.

202 G-8:

Bezeichnung für die jährlich am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Industriestaaten. (...) Zur G-8 gehören der Präsident der Europäischen Kommission (seit 1977) sowie die Staats- und Regierungschefs der Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA und Russland.

³⁰ R. Dahrendorf

³¹ Abraham Lincoln

³² Grundgesetz für die BRD, Artikel 20, 2

203 Imperialismus:

das Herrschaftsstreben eines Staates mit dem Ziel, die Bevölkerung eines fremden Landes mit politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und ideologischen Mitteln abhängig zu machen und zu beherrschen.

Geschichte: Die Expansionspolitik der europäischen Großmächte, der USA und Japans im letzten Drittel des 19. Jh. Bis zum ersten Weltkrieg wird als klassische Zeit des I. (klassischer I.) bezeichnet. (...) Als Ursachen imperialistischer Politik werden vielfach ökonomische Gründe wie Rohstoff- und Absatzinteressen angegeben. Eine große Rolle spielten aber auch Machtkonkurrenz und Prestigestreben der am "Wettlauf um die Aufteilung der Erde" beteiligten Mächte. (...)

304 Internationaler Währungsfonds:

Abk. IWF (engl. International Monetary Fund, Abk. IMF):

Sonderorganisation der UN, die 1944 aufgrund des Abkommens von Bretton Woods (auch Weltbank) zur Überwachung des internationalen Währungssystems gegründet wurde, mit 182

Mitgliedern (1999); Sitz: Washington D.C.

Hauptziele des IWF sind:

- 1) Errichtung eines Systems fester Wechselkurse;
- 2) Bereitstellung von Krediten für Mitgliedsstaaten mit Zahlungsbilanzstörungen;
- 3) Errichtung eines multinationalen Zahlungsverkehrs und Beseitigung von Devisenbeschränkungen;
- 4) Stärkung des Welthandels, u.a. dadurch, dass Währungsabwertungen zur Erringung eines Wettbewerbsvorteils unterbleiben und die Gefahr einer Abwertungskonkurrenz vermieden wird.

205 Kolonialismus:

Politik eines Staates, die auf Erwerb, Erhaltung und Ausbeutung (meist) überseeischer Besitzungen in Verbindung mit der Beherrschung von Völkern anderer Kultur und Zivilisation ausgerichtet ist. Der K. der Neuzeit begann mit der Entdeckung Amerikas und erreichte seinen Höhepunkt im Zeitalter des Imperialismus mit der Aufteilung der Welt. Dem K. lagen unterschiedliche Motive zugrunde:

Gewinnung von Absatzmärkten, Rohstoffquellen, Kapitalanlage- und Auswanderungsmöglichkeiten sowie staatliche Prestigepolitik und strategische Interessen, häufig begleitet von zivilisatorischem Sendungsbewusstsein, dem die tatsächliche Politik in den Kolonien selten entsprach. (...)

206 Laissez-faire-Prinzip:

Hauptkennzeichen eines Wirtschaftsliberalismus, der von der Selbstregulierung des Wirtschaftsgeschehens überzeugt ist und staatliche Eingriffe ablehnt.

207 Liberalisierung:

die Befreiung von einschränkenden Vorschriften allgemein (z.B. L. eines politischen Systems) oder auf bestimmten Gebieten, z.B. im Strafrecht oder in der Wirtschaftspolitik (im Konzept der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik gleichbedeutend mit Deregulierung).

208 Liberalismus (wirtschaftlich):

Wichtige ideengeschichtliche Grundlagen bildete (...) der wirtschaftliche L., wie er von Adam Smith (1723-90), David Ricardo (1772-1823) und James Mill (1773-1836) be-

gründet wurde. Im 19.Jh. äußerte er sich in der Forderung nach Gewerbefreiheit, freiem Wettbewerb und Freihandel; Eingriffe des Staates (Produktionsbeschränkungen, Zölle) in das Wirtschaftsleben lehnt der L. ab. (...)

209 **Merkantilismus:**

Wirtschaftstheorie mit Priorität einer aktiven Handelsbilanz; "Überschuss an Warenausfuhren gegenüber den Wareneinfuhren" bzw. Bemühungen, durch "zollpolitische Maßnahmen, Handelsprivilegien und Monopole", "Ausfuhr hochwertiger und damit teurer Güter zu begünstigen und entsprechend die Einfuhr solcher Güter zu verhindern".

210 **Neoliberalismus:**

nach 1945 entwickelte wirtschaftspolitische und sozialphilosophische Theorie; Vertreter des N. fordern eine marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaftsordnung (...) und billigen staatliche Eingriffe nur, wenn diese der Sicherung des freien Wettbewerbs dienen.

211 **Weltbank:**

(amtlich: Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, engl. International Bank for Reconstruction and Development, Abk. IBRD):

Sonderorganisation der UN (seit 15.11.1947), gegründet am 27.12.1945 auf der Grundlage des Abkommens von Bretton Woods; Sitz: Washington D.C.; Mitglieder: 181 Staaten (1999). Zusammen mit der Internationalen Entwicklungsorganisation und anderen Organisationen bildet die W. die Weltbankgruppe.

Ziel der W. ist es, den Lebensstandard in den Entwicklungsländern durch Gewährung finanzieller und technischer Hilfe zu heben und das bei der Finanzierung von Entwicklungsprojekten auftretende Risiko auf alle Mitgliedsstaaten zu verteilen.(...)

212 **World Trade Organisation,**

Abk. WTO (Welthandelsorganisation):

Sonderorganisation der UNO für den Welthandel, Sitz: Genf. Die Gründung der WTO erfolgte am 15.4.1994 in Marrakesch (Marokko) durch Unterzeichnung des GATT-Abkommens vom 15.12.1993 (Uruguay-Runde). Die WTO trat am 1.1.1995 die Nachfolge des General Agreement on tariffs and trade (GATT) an und löste dieses zum 1.1.1996 ab. Die WTO bildet einen umfassenden vertraglichen und institutionellen Rahmen für die Stärkung und Gestaltung der weltweiten Handelsbeziehungen. (...)

213 Anm.: Alle Begriffserklärungen aus Schülerduden: Politik und Gesellschaft,

bei "Merkantilismus" nur die Passagen in Anführungszeichen

S. 75

- HFR 9/2003 S. 10 -

214 **Literaturverzeichnis**

Bücher:

- Redaktion Schule und Lernen: "Schülerduden: Politik und Gesellschaft", Dudenverlag, Mannheim 1999
- Stiglitz, Joseph: "Die Schatten der Globalisierung", Siedler Verlag, Berlin 2002
- I.A. des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Heiring, Werner; Lippens, Dr. Walter: "Im Kreislauf der Wirtschaft", Bankverlag, Köln 2001
- Keitz, Dr. Christine u.v.a: "Geschichte 12, Baden-Württemberg", Cornelsen Verlag, Berlin 1997

- Kienzler, Professor Klaus: "Der religiöse Fundamentalismus", Verlag C. H. Beck 1999
- Lincoln, Abraham: "Gettysburg Adress" 1863
- Landeszentrale für politische Bildung: Grundgesetz für die BRD, Stand: Oktober 1993
- Bundesanstalt für politische Bildung: "Länderbericht USA", Kapitel: "The American Dream" von Winfried Fluck 1999

215 Zeitschriften/Zeitungen:

- Dahrendorf, Prof. Dr. Ralf: "Liberale Ordnung" (Beitrag in der FAZ, 6.4.2002; S.9)
- Soros, George: "Perfekter Feind" (Interview in "Der Spiegel" (13/2002), 25.3.2002; S.106)

216 Internet:

- Website der FAZ: www.faz.de, Link vom 2.4.2002
- Website des "Spiegel": www.spiegel.de vom 2.4.2002, Interview mit Sven Giegold ("Attac")
- Website des evangelischen Tagungswerkes Loccum: www.loccum.de,
a) Massarrat, Mohssen: "Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. Plädoyer für eine nachhaltige Klimaschutzpolitik", Metropolis-Verlag 1999, Link,
b) Prof. Dr. Reiljan, Janno: "Wirtschaftliche Grundlagen des Erfolges im Globalisierungsprozess", Link

Zitierempfehlung: Valentin Martin Pfisterer, HFR 2003, S. 66 ff.